

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Reinhard Knitsch
Schlickumer Weg 60
40699 Erkrath
Tel: 02104/36106
Mail: Reinhard.Knitsch@t-online.de

März 2017

HAUSHALTSREDE FÜR DAS JAHR 2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Damen und Herren aus Rat und Verwaltung,

Erkrath sozial und ökologisch nachhaltig gestalten, den sozialen Frieden bewahren, Verantwortung zu übernehmen und Schwächere zu unterstützen sind für Bündnis 90/Die Grünen die zentralen Werte auch für 2017.

Unsere Haushaltssituation ist nach wie vor schwierig. Umso wichtiger ist es, angesichts notwendiger Einsparungen Inhalte verschärft zu diskutieren. Für unser Gemeinwohl ist es jetzt erforderlich, keine unververtretbaren Kürzungen im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie bei Kindern, Jugendlichen und Familien vorzunehmen. Erkrath ist und bleibt nur dann für die hier lebenden Menschen attraktiv, wenn wir notwendige Angebote aufrechterhalten. Die entsprechenden Ausgaben tragen wesentlich zum sozialen Frieden bei und stärken das gemeinschaftliche Miteinander.

Das hartnäckige Festhalten an dem Projekt Soziale Stadt gegen den Widerstand der Verwaltungsspitze, CDU und FDP hat sich als Segen für die Stadt Erkrath erwiesen. Durch die Teilnahme an diesem Projekt haben sich neue Förderungsmöglichkeiten zur städtebaulichen Entwicklung in Erkrath aufgetan.

Dass die Teilnahme am Projekt Soziale Stadt –wie vom Bürgermeister Christoph Schultz und der CDU-Fraktion immer wieder behauptet – Erkrath in ein Haushaltssicherungskonzept treibt, hat sich als falsch herausgestellt.

Im Gegenteil, es besteht jetzt die Möglichkeit, für die Projekte Forum Sandheide, den Neubau der Grundschule Sandheide, die energetische Bestandssanierung der Kindertagesstätte Gretenberg und den dringend benötigten Neubau einer zusätzlichen Kindertagesstätte in der Sandheide aus Mitteln des Investitionspaktes, 90% der Kosten zu erhalten.

Sanierungsmaßnahmen und eine Wohnumfeldverbesserung im Bereich des Stadtweihers können mit Mitteln des Projektes Soziale Stadt in Angriff genommen werden.

Durch diese Fördermittel wird der städtische Haushalt erheblich entlastet und die Projekte können zeitnah umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren,

folgende weitere Eckpunkte sind für unsere Zustimmung zum Haushalt wesentlich:

- Dringender Ausbau zusätzlicher Betreuungsplätze in Kitas und Tagespflege

Nach Angaben der Verwaltung fehlen ab Sommer in diesem Jahr 225 Betreuungsplätze. Das erfordert schnelle Lösungen bei der Bereitstellung von zusätzlichen Plätzen in Kindertagesstätten und in der Tagespflege.

Eltern haben einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder im Kindergartenbereich. Sie sind auf ein bedarfsgerechtes Angebot angewiesen, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses haben Eltern zu Recht auf ihre Notlage hingewiesen.

Der Haushaltsplan sieht vor, dass in diesem Jahr noch zusätzlich 80 Plätze in bestehenden Kitas durch die Nutzung vorhandener Räumlichkeiten geschaffen werden und weitere 44 Plätze in der Kindertagespflege. Dieses reicht bei Weitem noch nicht aus, ist aber ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Desweiteren ist es erforderlich auf die konstruktiven Vorschläge der Eltern zur Schaffung weiterer Betreuungsplätze von Seiten der Verwaltung einzugehen.

Dass unser Antrag auf Einrichtung von 2 weiteren Rucksackgruppen zur Sprachförderung für Flüchtlingskinder eine Mehrheit gefunden hat, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich loben. Solange nicht jedes Kind einen Kita-Platz erhalten kann, ist zum Erwerb der deutschen Sprache und einer gelingenden Integration dieses Angebot zwingend erforderlich.

- Bedarfsgerechter Ausbau der OGS-Plätze

Auch wenn kein Rechtsanspruch wie im Kindergartenbereich auf einen Betreuungsplatz im Offenen Ganztage in den Grundschulen besteht, halten wir ein bedarfsgerechtes Angebot aus Gründen der Familienfreundlichkeit und Stärkung der schulischen Chancengleichheit für unbedingt erforderlich. Eltern sind auch nach der Kindergartenzeit ihrer Kinder auf weitere Betreuungsangebote angewiesen.

Deshalb haben Bündnis 90/Die Grünen gefordert, dass in der Grundschule Sandheide und in der Grundschule Regenbogen in Kempen die von Seiten der Schulleitungen beantragten zusätzlichen halben Gruppen zum nächsten Schuljahr eingerichtet werden.

Wir freuen uns darüber, dass nach längerer Diskussion und zunächst ablehnender Haltung im Schulausschuss, jetzt eine Ratsmehrheit vorhanden ist, die sich dafür ausspricht. Beide Schulen können jetzt den Wünschen der Eltern entsprechen und die für die Kinder dringend benötigten Plätze bereitstellen.

- Attraktivierung der städtischen Spielplätze in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Spielplatzpaten

Dass es in den letzten Jahren immer wieder zu einem Sanierungsstau trotz vorhandener finanzieller Mittel in diesem Bereich gekommen ist, bleibt zu kritisieren. Diese Kritik verbinden Bündnis 90/Die Grünen mit der Hoffnung und der nachdrücklichen Forderung an die Verwaltung, nun endlich die beschlossenen Maßnahmen auf den Spielplätzen zu

realisieren. Es ist ansonsten zu befürchten, dass die ehrenamtlich tätigen Spielplatzpaten resignieren und nicht mehr für ein weiteres Engagement zur Verfügung stehen.

- Präventive Familienangebote aufrechterhalten und Beteiligung der Verbände in der Jugendhilfe sichern

Der Vorschlag der Verwaltung, die Personalkostenzuschüsse für den SKFM und die Neanderdiakonie für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Familien- und Jugendhilfe drastisch zu kürzen und somit das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern bei der Inanspruchnahme von Leistungen die im Kinder- und Jugendhilfegesetz festgelegt sind einzuschränken, wird von Bündnis 90/Die Grünen entschieden abgelehnt.

Der Jahresbericht des SKFM verdeutlicht, dass niedrighschwellige und präventive Angebote zur Unterstützung von Eltern in der Erziehung benötigt und zahlreich in Anspruch genommen werden. Diese Angebote verhindern nicht nur mögliche Entwicklungsstörungen bei den Kindern, sondern tragen dazu bei, dass langfristig kostenintensive Hilfen zur Erziehung nicht erforderlich werden.

- Bildungsoffensive der Landesregierung „Gute Schule 2020“

Die Stadt Erkrath erhält in den nächsten 4 Jahren Dank der Initiative der Rot-Grünen Landesregierung insgesamt 2 Millionen Euro für Maßnahmen in den Schulen. Mit diesem Geld können dringend erforderliche Sanierungen in den Schulgebäuden erfolgen. U.a. erfolgt die Sanierung von naturwissenschaftlichen Räumen und Schüler Toiletten; Klassenräume können gestrichen und Bodenbelege erneuert werden; in den Sporthallen werden Duschanlagen und Decken erneuert; die Vernetzung und der W-LAN-Ausbau findet statt.

Im vorliegenden Haushaltsplan werden in diesem Jahr rund 500.000 Euro bereit gestellt und im Stellenplan wird eine Stelle geschaffen, damit die Maßnahmen umgesetzt werden können.

- Bereitstellung eines Einsatzbusses nach Hilden zur Gesamtschule

In den Nachbarstädten wurde im Gegensatz zu Erkrath auf den Elternwillen reagiert und es wurden Gesamtschulen errichtet. Da es in Erkrath, leider nach wie vor kein Gesamtschulangebot gibt, müssen Erkrather Schüler/innen zu den Gesamtschulen in den Nachbarstädten ausweichen. Die Mehrheit des Rates lehnt weiterhin bedauerlicherweise allein schon eine Bedarfserhebung für eine Gesamtschule in Erkrath ab.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen daher das Anliegen Erkrather Eltern und Schüler/innen für eine bessere Anbindung der Schülerbusverkehre zwischen dem Stadtteil Alt-Erkrath und der Gesamtschule auf Hildener Stadtgebiet. Der Einsatz eines E-Busses in den Morgenstunden verbessert die direkte Schulwegeverbindung. Wir stehen hier in der politischen Verantwortung, dass die Kinder gut zur Schule ihrer Wahl kommen.

- Unterstützung der Sportvereine statt finanzieller Belastung

Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich vehement gegen die geplante Einführung einer Bewirtschaftungspauschale für Sportvereine zur Nutzung der Sporthallen ab 2018 aus. Denn

Die Genehmigungsfähigkeit wird allerdings nur durch die auch vom Bürgermeister und Kämmerer vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer B um 25 % (zusätzlicher Ertrag von ca. 1,8 Millionen Euro) erreicht, um den Eigenkapitalverzehr unter der 5 % Quote halten zu können.

Insbesondere für Menschen mit einem geringeren Einkommen, bedeutet das eine zusätzliche finanzielle Härte.

Dafür bleiben aber soziale und kulturelle Leistungen sowie Angebote zur Förderung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in unserer Stadt erhalten.

Erkrath gehört weiterhin zu den Kommunen in unserem Land, die kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen und nicht dem Spardiktat der Aufsichtsbehörde unterliegen.

Trotzdem bleibt die Haushaltssituation in Erkrath angespannt und eine grundlegende Verbesserung ist noch nicht in Sicht.

Wie bereits in den letzten Jahren erwähnt bleibe ich dabei, dass dieses in erster Linie daran liegt, dass die Kommunen nicht die notwendigen Finanzmittel vom Bund und Land zur Aufgabenerfüllung erhalten.

Die Konjunktur boomt nach wie vor; der Bund hat in den letzten Jahren Überschüsse in Milliardenhöhe erzielt und die Kommunen gehen weiterhin auf dem „Zahnfleisch“.

Eigene Sparanstrengungen sind erforderlich, müssen aber mit Augenmaß erfolgen und dürfen nicht einseitig zu Lasten der sozialen und kulturellen Infrastruktur und ökologischer Notwendigkeiten in unserer Stadt gehen.

Der vom Bürgermeister Christoph Schultz vorgelegte Stellenplan mit einer Ausweitung von 66 zusätzlichen Stellen, ist überzogen und bringt keinen eigenen Sparwillen zum Ausdruck. Im Gegenteil entsteht der Eindruck, dass in Zeiten knapper Finanzmittel in diesem Bereich aus dem „vollen geschöpft“ wird.

Eine Steigerung der Personalausgaben in Höhe von 3 Millionen, wovon rund 1,4 Millionen für die neuen Stellen vorgesehen sind, ist eindeutig zu viel.

Für die enorme Stellenausweitung kann auch nicht das Projekt Soziale Stadt verantwortlich gemacht werden. Hierfür hält die Verwaltung insgesamt 7 Stellen für erforderlich.

Richtig ist, dass eine dienstleistungsorientierte und bürgerfreundliche Verwaltung über das notwendige Personal verfügen muss und durch Aufgabenzuwachs, wie z.B. den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, zusätzliche Stellen benötigt werden.

Richtig ist auch, dass in bislang „unterversorgten“ Bereichen wie beim Immobilienmanagement eine Personalaufstockung von Nöten ist, um nicht weiterhin einen Sanierungsstau bei den öffentlichen Gebäuden zu verursachen und eine Umsetzung der Neubauprojekte zu ermöglichen.

Es ist aber beispielsweise nicht zwingend erforderlich, für jedes Neubauprojekt eine eigene Stelle zu schaffen; im Bereich der Stadtplanung eine Stelle mit Controlling- und Steuerungsaufgaben einzurichten; eine zusätzliche Leitungsstelle im Sozialamt oder eine personelle Stärkung des Bürgermeisterbüros vorzunehmen.

Wir können einerseits nicht die Grundsteuer B um 25 % erhöhen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt verabschieden zu können, und andererseits Geld für nicht zwingend erforderliche zusätzliche Stellen ausgeben. Das würden die Bürgerinnen und Bürger zu Recht kritisieren und nicht nachvollziehen können.

Gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und BmU legen wir deshalb heute eine Kürzungsliste zur Abstimmung vor, die im Personalbereich zu geringeren Ausgaben und somit zu einer Verringerung des Haushaltsdefizites führt.

Meine Damen und Herren,

seit den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss haben Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam im Dialog mit den Fraktionen von SPD und BmU Korrekturen beim Haushaltsplan vorgenommen, so dass jetzt mit den Änderungen ein tragfähiger Kompromiss zur Verabschiedung des Haushaltes vorliegt.

Bündnis 90/Die Grünen stellen sich der politischen Verantwortung. Die schlechteste Lösung für die Bürgerinnen und Bürger wäre, gegen den Haushalt zu stimmen und damit die haushaltslose Zeit aufrechtzuerhalten. Dann dürfen weiterhin nur Pflichtausgaben getätigt werden und es tritt Stillstand ein.

Wir stimmen vor allem deshalb dem Haushalt zu, um das Projekt Soziale Stadt an den Start zu bringen, die Erweiterung der OGS-Angebotes in den Grundschulen Sandheide und Kempen erfolgt und die Streichung der Bewirtschaftungspauschale für die Sportvereine zunächst erreicht werden konnte.

Abschließend richtet sich mein herzlicher Dank an die Verwaltung, insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, für die geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Reinhard Knitsch, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen